

Statement zu einem Ausstellungsraum als Sozialamtsbüro

Wir hatten bereits eine Ausstellung mit den Arbeiten von Burak, Ieva und Runo, die in der Galerie Wedding und im öffentlichen Raum der Umgebung gezeigt werden sollte, geplant, organisiert und finanziert. Dann erfuhren wir vor einigen Wochen sehr kurzfristig, dass unsere schon fertige Ausstellung davon betroffen sein würde, dass die Galerie zu einem Übergangsbüro für soziale Dienste umfunktioniert wurde. Seit März dieses Jahres und dem Inkrafttreten der neuen Gesundheits- und Sicherheitsbestimmungen werden die beiden Räume, in denen im Rathaus Wedding sonst Kunst präsentiert wird, vom Sozialamt genutzt, um Anträge auf Grundsicherung zu bearbeiten. Dieser neue Zustand wurde unerwartet bis Ende September verlängert. Das bedeutet, dass hier von 9 bis 11 Uhr Menschen anstehen und auf ihre Termine warten, während von 12 bis 19 Uhr Kunst angeschaut werden kann. Sicherheitspersonal reguliert den öffentlichen Zugang am Morgen, nachmittags heißt das Galerie-Personal die Besucher*innen willkommen. Der Anmeldebereich des Amts für Soziales im Bezirksamt Mitte wurde in den Ausstellungsbereich verlegt - mitsamt den Schreibtischen und Computern der Mitarbeiter*innen, welche die Anträge bearbeiten, sowie mit Büromöbeln und Plexiglas-Trennwänden zur Einhaltung der geltenden Abstandsregeln. Die gleichen Schreibtische und Computer werden vom Team der Galerie Wedding während der Öffnungszeiten am Nachmittag genutzt. Der eher leicht regulierte Raum einer Kunstaussstellung wird zum streng reglementierten bürokratischen Raum, und umgekehrt.

In der Folge wurden die praktischen Bedingungen, Kunst auszustellen, drastisch verändert, um nicht zu sagen, unmöglich gemacht. Der Kern des Problems liegt allerdings woanders: Kunst, ebenso wie das Leben, ist keine bloße Frage von Machbarkeit, auch wenn sie von Machbarkeiten abhängt. Es scheint viele Widersprüche zwischen dieser stark kontrollierten Büroumgebung, mit ihren sozialen Protokollen des Dienens und Disziplinierens,

und unserer Ausstellung zu geben. Nach vielen Treffen mit den Kolleg*innen der Galerie Wedding kamen wir zu dem Schluss, dass wir die Spannungen zwischen diesen beiden Formen räumlicher und sozialer Protokolle nicht auflösen oder überwinden können – weder praktisch noch konzeptuell oder politisch. Also hatten wir die Wahl, die Ausstellung entweder abzusagen, zu verschieben, oder diese beiden Realitäten in diesem speziellen Moment nebeneinander stehen zu lassen. Wir entschieden uns dafür, zu versuchen, die Situation für alle Beteiligten zu verbessern – damit meinen wir alle, die diesem ausgedehnten Ausnahmezustand unterworfen sind. Dazu zählen die Menschen, die Schlange stehen müssen, um auf ihren Termin zu warten, die Menschen, die im Anmeldebereich arbeiten, das Team der Galerie Wedding, das auch täglich in diesem Raum arbeiten muss, sowie die Besucher*innen der Ausstellung. Unsere Annahme ist die folgende: Wenn die Leistungen, die in diesem improvisierten Sozialhilfe-Büro angeboten werden, dafür da sind, sich um andere zu kümmern, wenn es also ein Dienst für die Allgemeinheit – ein Fürsorgedienst – ist, warum machen wir es dann nicht richtig, sorgsam, voller Aufmerksamkeit und Umsicht für andere, für die Kunst, die Öffentlichkeit und für alle, die hier arbeiten? Was daraus folgt, ist kein Kunstwerk. Es ist vielleicht eine Geste, ein bescheidener Versuch, der auch scheitern kann. Wir schlagen vor, den Menschen, die in der Schlange stehen, die arbeiten und die zu Besuch kommen, grundlegenden Komfort zu bieten, indem Wasser und Sitzgelegenheiten im Freien, Belüftung und Pflanzen im Inneren zur Verfügung gestellt werden. Die Fragen, die wir in dieser besonderen Situation stellen möchten, und die Verbesserungen der Bedingungen, die wir dem Bezirksamt vorgeschlagen haben, sind:

Können wir das soziale Protokoll wenigstens etwas verändern, um andere Möglichkeiten aufzuzeigen? Warum herrschen Regeln für drei bestimmte Stunden am Tag und andere, für die folgenden sieben Stunden? Sollte so wirklich eine öffentliche Leistung angeboten werden? Sollte Kunst so gezeigt werden? Falls die

Antwort auf die beiden letzten Fragen Ja ist, warum? Falls Nein, was sagt uns das über die derzeitigen Zustände in dieser Stadt, in dieser Gesellschaft?

Indem wir den aktuellen und allgemeinen Ausnahmezustand ansprechen, der sich auf der Mikroebene in der erzwungenen Fusion aus Galerie Wedding und Sozialamt zeigt, wollen wir auf die Dringlichkeit der folgenden Frage hinweisen: Gibt es notwendigerweise einen Widerspruch zwischen Sozialstaat oder Wohlfahrtsstaat und zeitgenössischer Kunst? Die Idee hinter einem jeden Staat - sei es ein „Sozial“-Staat oder ein „Wohlfahrts“-Staat - ist die Idee eines Gesellschaftsvertrags. Dieser Gesellschaftsvertrag sollte nicht Kriterien wie Dringlichkeit, Notwendigkeit, Priorität oder Nützlichkeit unterworfen sein. Er sollte nicht von einem „Ausnahmezustand“ in Frage gestellt werden. Solche Vorstellungen sind alle mit Ideologie vergiftet und sie neigen dazu, denen zu dienen, die ihre Macht aus der Großzügigkeit "des Volkes" schöpfen, sich aber nicht fürsorglich gegenüber jenen verhalten, die von ihnen regiert werden. Wenn wir also dem gegenwärtigen Ausnahmezustand und Druck nachgeben, alles, was als unnötig, unwesentlich oder nutzlos angesehen wird, abzusagen, zu verschieben, zu entlassen oder beiseite zu schieben, werden wir zu Erfüllungsgehilfen der vorherrschenden Konzepte und Ideologien, die dafür verantwortlich sind, dass wir uns überhaupt in dieser misslichen Lage befinden.

Burak Delier, Ieva Epnere, Runo Lagomarsino, Malte Roloff und Melanie Roumiguière